

Reith: Krisen verlaufen reibungsloser, wenn die Politik die Praktiker miteinbezieht

Landesregierung muss endlich auf Empfehlungen von Experten hören und diese umsetzen.

Aus der 15. Sitzung der Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zum Thema „Einbeziehung aller Bevölkerungsteile in die Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ fasst **Niko Reith**, FDP-Obmann in der Enquete und sozialpolitischer Sprecher der Fraktion zusammen:

„Die Lehrsätze für eine krisenresilientere Zukunft wiederholen sich: Für die Bewältigung von Krisen ist die Einbeziehung von Praktikern ein Muss. Informationen müssen gebündelt, strukturiert und vor allem adressatengerecht aufbereitet kommuniziert und Unterstützungsangebote etabliert werden. Damit auch die Digitalisierung von Nachhaltigkeit geprägt ist, braucht es geregelte Anschluss- und Zusatzfinanzierungen, jedoch vor allem eine Professionalisierung der Strukturen. Die Sachverständigen sind sich überwiegend einig in ihren Empfehlungen; nun muss nur noch die Landesregierung aufwachen und es konkret anpacken.“

Dirk Lederle, stellv. Landesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), ergänzt: „Unsere Schulen und Kitas kämpfen heute mit zu vielen offenen Baustellen. Die Landesregierung hat es versäumt, die Bildungseinrichtungen zukunftssicher und krisenfest aufzustellen. Dies rächt sich nun bitter.“ Als Empfehlungen nennt er der Enquetekommission neun Thesen, welche sich vor allem auf die Bedürfnisse der Schulen und Bildungseinrichtungen beziehen. Er selbst hat es erlebt, wie in der Pandemie Schulleitungen landauf, landab mit Informationen überschüttet wurden. In dem Bemühen, alles vor allem juristisch korrekt zu kommunizieren, entstanden geradezu enzyklisch dimensionierte Werke mit einer nahezu unüberschaubaren Vielzahl von Anhängen. Lehrkräfte wurden zu medizinischen Hilfskräften gemacht, egal wie affin sie waren. Gleiches galt für den plötzlichen Digitalisierungsschub – ein Fluch und Segen zugleich.